



Dr. WERNER FASSLABEND
BUNDESMINISTER FÜR LANDESVERTEIDIGUNG

1030 WIEN
DAMPFSCHIFFSTRASSE 2

10 072/154-1.8/95

14 . August 1995

Herrn
Präsidenten des Nationalrates

XIX. GP.-NR
1376 /AB
1995 -08- 16

Parlament
1017 Wien

zu 1489 /J

Die Abgeordneten zum Nationalrat Mag. Praxmarer und Kollegen haben am 23. Juni 1995 unter der Nr. 1489/J an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend "Artikel 8 B-VG" gerichtet. Diese Anfrage ist aus Gründen der besseren Übersichtlichkeit in Kopie beigegeben.

Hinsichtlich der Beantwortung dieser Anfrage verweise ich auf die diesbezüglichen Ausführungen des Herrn Bundeskanzlers zur gleichlautenden Anfrage Nr. 1479/J.

Beilage

B e i l a g e

zu GZ 10 072/154-1.8/95

Nr. XIX.GP-NR
1489. /J
1995-05-23

A N F R A G E

der Abgeordneten Mag. Praxmarer
und Kollegen
an den Bundesminister für Landesverteidigung
betreffend Artikel 8 B-VG

Gemäß Artikel 8 B-VG ist die deutsche Sprache, unbeschadet der den sprachlichen Minderheiten bundesgesetzlich eingeräumten Rechte, die Staatssprache der Republik.

Gemäß Artikel 18 B-VG darf weiters die gesamte staatliche Verwaltung nur auf Grund der Gesetze ausgeübt werden.

In behördlichen Schriftstücken wird zunehmend eine andere Sprache verwendet. Beispielhaft seien in diesem Zusammenhang Begriffe wie "BotschafterInnen, KandidatInnen, KollegInnen" u.a. erwähnt.

Es ist nicht feststellbar, um welche Sprache es sich dabei handelt. Mutmaßungen gehen in die Richtung von "linkisch" bis "kryptokommunistisch".

In diesem Zusammenhang richten die unterfertigten Abgeordneten an den Bundesminister für Landesverteidigung folgende

A N F R A G E :

- 1) Wird in Ihrem Ressort diese seltsame Ausdrucksweise verwendet?
- 2) Wenn ja, auf welcher verfassungsgesetzlichen bzw. einfachgesetzlichen Grundlage?
- 3) Wenn es keine verfassungsgesetzliche bzw. einfachgesetzliche Grundlage gibt, sind Sie bereit, eine solche Praxis sofort abzustellen?
- 4) Welche Gründe stehen gegebenenfalls einer Schreibweise, z.B. Botschafterinnen und Botschafter, Kandidatinnen und Kandidaten, bzw. Kolleginnen und Kollegen etc. in Ihrem Ressort entgegen?

Wien, den 23. Juni 1995